

Schlechte Noten für die Schweiz

Mangelnde Transparenz

Bern. Die Schweiz steht weiterhin in der Kritik wegen mangelnder Transparenz in der Parteienfinanzierung. Sie hat die Empfehlungen des Europarat-Gremiums Greco nicht umgesetzt und erhält deshalb erneut die Note «ungehängend». Das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hat gestern den fünften Zwischenbericht der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (Greco) über die Schweiz veröffentlicht. Das Gremium kommt zum selben Schluss wie in früheren Berichten.

Die Schweiz habe keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Seit dem letzten Bericht seien keine weiteren Greco-Empfehlungen umgesetzt worden. Die Greco bedauert, dass die Schweizer Behörden bei ihrer Haltung geblieben sind und keine Gesetzesänderungen zur Transparenz der Finanzierung von politischen Parteien und Wahlkampagnen in die Wege geleitet haben.

Volk entscheidet

Der Bericht erwähnt das Zustandekommen der eidgenössischen Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» und den Erfolg von Volksinitiativen in den Kantonen Freiburg und Schwyz. Die Greco sieht in den Volksbegehren ein deutliches Zeichen dafür, dass in der Schweiz wie andernorts in Europa ein Bedarf nach mehr Transparenz besteht. Diese Entwicklungen zeigten ausserdem, dass es «selbst im besonderen politischen Kontext der Schweiz» möglich sei, Lösungen zu finden, die diesem Bedarf gerecht würden, heisst es im Bericht.

Die Volksinitiative verlangt, dass Parteien ihre Rechnung und die Herkunft aller Spenden über 10 000 Franken offenlegen müssen. Auch Personen und Komitees sollen Spenden über 10 000 Franken deklarieren. Bei einem Ja müsste die Bundeskanzlei die Zahlen vor Abstimmungen veröffentlichen. Parteien, die gegen die Regeln verstossen, würden sanktioniert. SDA

Nachrichten

Flugbewegungen eingebrochen

Grenchen. Beim Regionalflugplatz Grenchen ist die Zahl der Flugbewegungen im Juli um 30 Prozent gesunken. Der Betreiber registrierte 7 000 Flugbewegungen gegenüber 10 000 im Juni. Der häufige Wechsel bei der von der Skyguide erbrachten Flugsicherung habe die Piloten derart verunsichert, dass sie Grenchen mit steigender Tendenz nicht mehr anfliegen würden. SDA

Gute Chancen für Agrar-Initiativen

Zürich. Über 60 Prozent der Stimmberechtigten wollen der Fair-Food-Initiative und der Initiative «für Ernährungssouveränität» bei der eidgenössischen Abstimmung am 23. September zustimmen. Die beiden Initiativen finden besonders bei den Frauen Zustimmung, wie eine von Tamedia veröffentlichte Online-Umfrage ergab. Beim Bundesbeschluss über die Velowege sind die Meinungen noch nicht klar. SDA

Hinter allem eine Männerfeindschaft

Schlecht ist das Verhältnis zwischen Christian Levrat und Ignazio Cassis seit Langem

Von Markus Häfziger

Am Tag zwei nach dem Paukenschlag in der Europapolitik kämpfen zwei Männer, beide 66 Jahre alt, um das Urteil der Nation: Wer ist in dieser Geschichte der Gute, wer der Bösewicht? Ist es FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann, der sagt, er habe im Interesse des Landes einen Kompromiss für das Rahmenabkommen mit der EU finden wollen? Ist es Gewerkschaftschef Paul Rechsteiner, der sagt, die EU-Verhandlungen seien für Schneider-Ammann bloss ein Vorwand, um die Sozialpartnerschaft zu zertrümmern? Derart grell ist das Scheinwerferlicht derzeit auf Rechsteiner und Schneider-Ammann gerichtet, dass die beiden anderen Hauptakteure in dieser Geschichte fast vergessen gehen.

Für FDP-Bundesrat Ignazio Cassis ist die ganze Sache ein Desaster: Nach nur neun Monaten im Amt steht er in seinem wichtigsten Dossier – den Verhandlungen mit der EU – vor einem Scherbenhaufen. Dass es so weit kam, hat nicht nur Rechsteiner provoziert, sondern auch der zweite vergessene Akteur, Christian Levrat. Der SP-Präsident war es, der Rechsteiner Carte blanche gab, als dieser immer kompromissloser auf die Eskalation zusteuerte. «Meine Haltung unterscheidet sich keinen Millimeter von derjenigen der Gewerkschaften», erklärte Levrat am 3. Juli im *Blick*. Seither ist er keinen Millimeter mehr von Rechsteiners Seite gerückt.

Natürlich begründen die beiden Links-Politiker ihre Haltung mit inhaltlichen Argumenten: Mit dem Schutz der Schweizer Löhne, mit einer angeblich Arbeitnehmer-feindlichen Agenda der beiden FDP-Bundesräte. Und dabei hat es Cassis ihnen leicht gemacht, indem er

mit unbedachten Äusserungen zu den flankierenden Massnahmen unnötig Geschirr zerschlagen hat. Doch die Konfrontation zwischen Levrat und Cassis hat auch eine persönliche Dimension.

Was die beiden bis zum 13. März 2017 für eine Beziehung hatten, ja: ob sie überhaupt eine hatten, liegt im Dunkeln. An jenem Dienstag begann aber eine offene Feindschaft. Es passierte in der Wandelhalle im Bundeshaus, Cassis war damals noch Fraktionschef der FDP, und das Ringen um die Altersvorsorge 2020 war im vollen Gang. Levrats SP hatte mit der CVP eine AHV-Vorlage gezimert, welche von Cassis vehement bekämpft wurde. In dieser heissen Phase – das machte damals Cassis publik – habe ihm Levrat mit «schweren persönlichen Konsequenzen» gedroht, das heisst: mit der Nichtwahl in den Bundesrat. Cassis kommentierte dies damals ebenso unfreundlich: «Eine Schweinerei.»

Seither ging es zwischen den beiden Politikern nur noch abwärts. Vor der Bundesratswahl im September setzte Levrat alle Hebel in Bewegung, um Cassis zu verhindern. Als der Tessiner dank Stimmen von rechts trotzdem gewählt wurde, begann Levrat seine Amtsführung mit immer härteren Kommentaren einzudecken. Als es nach dem Besuch von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu einer Krise mit der EU kam, titulierte Levrat den Aussenminister als «Praktikanten».

«Fertig jetzt!»

Auf Twitter kritisiert er Cassis schon fast im Wochentakt. Mal wirft er ihm Fehler aus Unbedarftheit vor, mal bösen Willen. Als Cassis das Palästinenser-Hilfswerk UNRWA hinterfragte, sprach Levrat von «haarsträubenden Aussagen». Er warf ihm «Sabotage» an den



Sein schwierigster Gegner. Levrats Problem mit Cassis (vorne). Foto Keystone

Bilateralen vor – und überhaupt: Cassis' Aussenpolitik habe «weder Hand noch Fuss». Die scharfe Kritik hat nicht nur mit persönlicher Unverträglichkeit zu tun. Für Levrats Partei ist Cassis zum schwierigsten Gegner geworden, weil er die Machtbalance verändert hat. Zusammen mit Schneider-Ammann und den beiden SVP-Bundesräten versetzt Cassis die SP heute öfter in die Minderheit, als sie das bisher gewohnt war.

Genau diese machtpolitischen Verschiebungen seien der wahre Grund für die Kritik, heisst es im Umfeld von Cassis. Levrat sei halt immer noch gekränkt, dass er zum ersten Mal seit Jahren in einer Bundesratswahl nicht seinen Favoriten durchgebracht habe. Und die ganze SP ärgere sich, weil Cassis nach der Wahl das halte, was er vor der Wahl

versprochen habe. Unter linken Bundespolitikern kursiert in diesen Tagen eine Kampfparole gegen Cassis: Das verrät ein SP-Vertreter unter der Bedingung der Anonymität.

Die Parole laute: «Fertig jetzt!» Man müsse Cassis jetzt endlich einmal eine schmerzhaft Niederlage zufügen, damit er begreife, dass es so nicht gehe. Wie weit haben solche parteitaktischen Überlegungen diese Woche zum europapolitischen Scherbenhaufen beigetragen? Wie weit persönliche Animositäten? Wie weit unverheilte Wunden aus längst vergessen geglaubten AHV-Schlachten? Man wird es im Detail nie eruieren können. Sicher aber ist: Sie haben die Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten sicher nicht vergrössert.

Bürgerliche wollen den AHV-Deal nachbessern

Weniger Lohnabzüge, dafür mehr Bundesgeld. Der Bundesrat hat schwierige Entscheide vor sich

Von Fabian Schäfer, Zürich

Doppelreform: Der Einstieg am ersten Tag nach den Politferien ist steil: Die 25-köpfige Wirtschaftskommission des Nationalrats muss sich am Montag und Dienstag über die dornenreiche Steuer-AHV-Vorlage beugen, die der Ständerat im Juni beschlossen hat. Der Deal ist immer noch heftig umstritten, vor allem weil er mit den Unternehmenssteuern und der AHV zwei sachfremde Themen verknüpft. Viele bezweifeln, ob damit eine Abstimmung zu gewinnen ist. Trotzdem scheint nach wie vor kein ernsthaftes Gegenkonzept im Umlauf zu sein, wie Gespräche mit Parlamentariern zeigen.

Mittlerweile scheint sich sogar der einflussreichste Gegner des Kuhhandels damit abzufinden, dass er diesen nicht mehr verhindern kann: Der Arbeitgeberverband anerkennt in einem aktuellen Onlinebeitrag, die Verknüpfung lasse sich realpolitisch im Parlament kaum mehr abwenden. Stattdessen versucht der Verband nun hinter den Kulissen, den Deal in seinem Sinn zu verbessern. Interessant ist, ob FDP und SVP ihre starke Stellung im Nationalrat

nutzen, um die Vorlage umzubauen. Einer, der dies hofft, ist Andrea Caroni. Der Appenzeller FDP-Ständerat hat der Vorlage im Juni zwar zugestimmt, gibt aber offen zu, dass er damit nicht zufrieden ist. «Wir sind der SP im Ständerat enorm weit entgegengelommen», sagt Caroni. Ihn stört primär die geplante Erhöhung der AHV-Lohnbeiträge für alle Angestellten und Arbeitgeber von 8,4 auf 8,7 Prozent.

Wenig Spielraum

Caroni hofft, dass der Nationalrat diese Lohnabzüge nur um 0,1 oder 0,2 statt 0,3 Prozentpunkte erhöht. Das tönt nach wenig, aber jedes Promille macht etwa 400 Millionen Franken im Jahr aus. Und mit jedem Promille schmilzt der Spielraum für die dringliche Sanierung der 2. Säule (Pensionskassen), die erst später ins Parlament kommt. In der Tat kursiert ein Vorschlag in Caronis Sinn. Die Lohnbeiträge sollen nur um 0,1 Prozentpunkte steigen. Im Gegenzug müsste aber der Bundesbeitrag an die AHV stärker erhöht werden als vom Ständerat geplant (auf 20,4 statt 20,2 Prozent der AHV-Ausgaben). Der SP will man das mit dem

Hinweis verkaufen, dass der Bundesbeitrag wegen der stark progressiven Bundessteuer sehr solidarisch finanziert sei. Allerdings käme insgesamt weniger Geld zusammen: In der Version des Ständerats erhält die AHV jährlich 2,1 Milliarden Franken mehr, mit dem neuen Vorschlag läge der Betrag unter 1,5 Milliarden.

Welche Zahl wäre nun «richtiger»? Der Ständerat hat sich auf 2,1 Milliarden Franken festgelegt, indem er einer umstrittenen Logik folgte: Die Steuerreform bewirkt bei statischer Betrachtung – wenn sich bei den Firmen nichts verändert – Steuerausfälle von 2,1 Milliarden. Im Ständerat setzte sich diese Losung durch: «1 Franken Steuerausfall = 1 Franken für die AHV.»

Fragwürdige Rechnung

Doch diese Gleichung ist mehrfach angreifbar. Erstens: Die Zusatzfinanzierung für die AHV, die der Ständerat beschlossen hat, ist schon nach wenigen Jahren deutlich höher als 2,1 Milliarden Franken, da die Lohn- und Bundesbeiträge stetig steigen. Zweitens steht die Höhe der Steuerausfälle gar nicht fest. Diese hängt stark

von kantonalen Steuersenkungen ab, die nicht auf Bundesebene beschlossen werden. Wenn in einzelnen Kantonen Parlament oder Volk diese Steuersenkungen ablehnen, liegen die Ausfälle unter 2,1 Milliarden Franken. Drittes erwartet der Bundesrat, dass die Steuerreform mittelfristig sogar Mehreinnahmen generiert. Je nach Szenario lässt sich somit auch eine AHV-Zusatzfinanzierung von weniger als 1,5 Milliarden Franken begründen.

Diese Begründung ist in SVP, FDP und Teilen der CVP zu hören. Sie hätten damit eine Argumentation, um der SP bei den Lohnbeiträgen weniger weit entgegenzukommen. Ob sie es wagen, ist aber ungewiss.

Vor allem in FDP und CVP mahnen involvierte Parlamentarier zur Vorsicht. FDP-Fraktionschef Beat Walti sagt zum Beispiel, der neue Vorschlag sei sicher nicht schlecht. Es gebe auch sonst viele gute Ideen. Aber man müsse unbedingt verhindern, dass die SP oder die Städte die Steuerreform erneut bekämpfen. «Ich spüre in der FDP eine grosse Zurückhaltung, weil wir bei den Unternehmenssteuern nun zwingend eine taugliche Lösung brauchen.»

ANZEIGE

diga
möbel

GRATISMÖBEL-TAG

Wer am verkaufsschwächsten Tag zwischen 1. und 31. August 2018 einkauft, erhält die **Möbel bis zu einem Betrag von CHF 10'000.- gratis**. Ohne «Wenn» und «Aber» – hinfahren und gratis einkaufen!

WOHNEN · SCHLAFEN · KÜCHEN · BÜRO

Nicht limitierte
Gesamtsumme!

1023 Crissier/VD 6032 Emmen/LU 4614 Hägendorf/SO 9532 Rickenbach b. Wil/TG
8953 Dietikon/ZH 8854 Galgenen/SZ 3421 Lyssach/BE diga Infoservice: Tel. 055 450 55 55
8600 Dübendorf/ZH 1763 Granges-Paccot/FR 4133 Pratteln/BL

I d' diga muesch higa!

www.diga.ch